



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/2/2026
Sitzungsdatum: Dienstag, 10.03.2026	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:10 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Frau Stadträtin Stephanie Kürten	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Herr Stadtrat Quirin Witty	Vertretung für Frau Stadträtin Petra Volkwein
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	ab 16:05 Uhr, TOP 1ö
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Entschuldigt	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen	3
2 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen	3
3 . Änderung der amtlichen Bezeichnung der „Mittelschule Ingolstadt, an der Pestalozzistraße“ in die amtliche Bezeichnung mit Schulnamen „Johann-Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule Ingolstadt“ (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0078/26	9
4 . Sonderpädagogische Förderzentren Ingolstadt; Sprengelanpassung infolge der Rechtsverordnungsänderung der Grund- und Mittelschulsprengel (neuer Sprengel Marieluise-Fleißer-Mittelschule, geänderte Sprengel Johann- Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule und Gebrüder-Asam-Mittelschule) sowie Einleitung eines förmlichen Sprengeländerungsverfahrens (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0097/26	9
5 . Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2026/27 (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0081/26	10
6 . Schaffung einer Stelle zur Beratung/Beantragung von Drittfördermitteln für Kunst- und Kreativschaffende	14
. - Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 07.10.2025	14
. - Vorlage: V0693/25	14
. - Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0098/26	14
7 . Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes Benennung und Widmung im Rahmen des B-Plans Nr. 120 A ÄI "Donau Tower" (Referent: Herr Franz) Vorlage: V0795/25	18

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Grandmontagne berichtet, dass kürzlich das FEM-Festival stattfand. Er weist darauf hin, dass alle, die den Bühnennebel und den Hämerbau von innen erleben möchten, dies bis zum 31.05. im Stadttheater tun sollten, da weiterhin davon auszugehen sei, dass das Gebäude aus technischen Gründen geschlossen werde.

Herr Klein berichtet, dass das FEM-Festival sehr gut lief und die Veranstaltung sehr gut besucht sei. Er erklärt, dass die Konsolidierung der Qualität des Programms nicht anzumerken sei und man weiterhin ein hochwertiges Angebot habe. Insgesamt könne ein positives Fazit gezogen werden, auch hinsichtlich der Zusammenarbeit vieler beteiligter Institutionen. Besonders erfreulich sei, dass der Stadtführerverein zahlreiche thematische Führungen zu Frauen angeboten habe, die vollständig ausverkauft gewesen seien. Auch die eigenen Veranstaltungen seien teils ausverkauft oder sehr gut besucht gewesen. Er betont, dass das Thema weiterhin wichtig und diskussionswürdig sei und man daran festhalten solle.

Dr. Schuhmann ergänzt, dass er die Einzelführungen in der Maria-de-Victoria-Kirche begrüße, da viele Touristen nur einzelne Sehenswürdigkeiten besuchen möchten.

Herr Klein erklärt, dass das Lob an den Stadtführerverein bzw. die IFG weitergegeben werde. Weiterhin berichtet er, dass die Stadt Ingolstadt bzw. das Kulturamt mit dem Jazzvermittlungsprogramm *Young Jazz* für den Deutschen Jazzpreis 2025 nominiert sei und zu den vier Nominierten gehöre. Die Delegation werde zur Preisverleihung nach Bremen reisen, wo erst vor Ort der Gewinner bekanntgegeben werde. Bereits die Nominierung bringe 3.000 Euro ein, der Preisträger könne sogar bis zu 12.000 Euro erhalten. Er betont, dass diese Anerkennung trotz angespannter Haushaltslage ein deutliches Zeichen für die kontinuierlich hochwertige kulturelle Bildungsarbeit sei.

2 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen

Herr Franz geht anhand der Power-Point-Präsentation auf die Schulbaumaßnahmen ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei, insofern wird auf Ausführungen verzichtet.

Auf Nachfrage von Stadtrat Reibenspieß bezüglich der Grundschule Haunwöhr erklärt Frau Schmid, dass feststehe, dass kein Kooperativer Ganztag eingerichtet werde. Welches Betreuungssystem umgesetzt werde, befinde sich noch in Abstimmung mit der Schulleitung.

Auf Nachfrage von Stadtrat Reibenspieß bezüglich der Grundschule Lessingstraße erklärt Frau Bürkl, dass die Grundschule derzeit die Ballspielhalle Mailing benutze und die Schüler zum Sportunterricht hingefahren werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass die aktuelle Situation zwar keine ideale Lösung darstelle, dies jedoch aufgrund der Haushaltslage unvermeidbar sei. Sie betont, dass man zunächst die Ergebnisse der angekündigten „Sportmilliarde“ abwarten müsse.

Auf Nachfrage von Stadtrat Achhammer erklärt Frau Bürkl, dass die Grundschule Lessingstraße in Abstimmung mit der Schulleitung zum neuen Schuljahresbeginn im September 2026 in das neue Gebäude einziehen werde.

Stadtrat Reibenspieß weist darauf hin, dass die Regierung von Oberbayern 2026 keine neuen Lehrkräfte einstellen wolle und sich dadurch ein erhebliches Personalproblem ergebe. Besonders im Grundschulbereich sei es dringend notwendig, dass der Stadtrat trotz Haushaltskonsolidierung schnell handele, da dies für ihn höchste Priorität habe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bestätigt, dass der Schulbau oberste Priorität habe und deshalb viele Schulprojekte weiterhin auf der Liste stehen. Sie betont jedoch, dass auch die nötigen Kreditbewilligungen gesichert werden müssten.

Herr Grandmontagne erklärt, dass der vom Stadtrat beschlossene Haushalt derzeit der Regierung von Oberbayern zur Prüfung vorliege und man im Laufe des Monats eine Rückmeldung erwarte. Die Kämmerei bereite gemeinsam mit der Bezirksregierung ein Investitionspaket vor, bei dem die Schulen oberste Priorität hätten. Sobald die Genehmigungen vorliegen, könne mit den Projekten begonnen werden.

Frau Bürkl erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Reibenspieß, dass die Umsprengelung der Münchener Straße nicht möglich sei, solange die Erweiterung der Grundschule Unsernherrn nicht umgesetzt sei.

Stadtrat Witty äußert, dass sich die Lage zunehmend verschlechtere, sowohl finanziell als auch durch die wachsende Abhängigkeit von der Regierung von Oberbayern und dem Freistaat Bayern. Er fragt, ob die Verwaltung inzwischen in verschiedenen Szenarien denke, vom optimalen Fall, in dem alle Investitionspakete genehmigt werden, bis hin zu Varianten mit deutlich eingeschränkten Möglichkeiten. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft, die ohnehin stark von der Haushaltssituation abhängig sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass sie damit rechne, dass insbesondere die schulbezogenen Investitionen bewilligt werden, da der Bedarf klar gegeben sei und Kinder Schulplätze benötigten. Sie geht davon aus, dass die Regierung hier wohlwollend entscheide, sofern der finanzielle Gesamtrahmen passe. Welche Szenarien letztlich eintreten könnten, hänge jedoch von der Rückmeldung ab, die im März erwartet werde.

Herr Franz erläutert, dass im Schulbereich derzeit die Projekte Erweiterung der Grundschule Ringsee sowie die Interimsmaßnahme an der Grundschule Unsernherrn oberste Priorität haben. Er weist jedoch darauf hin, dass nach der Bewertung des Haushalts durch die Regierung in den kommenden Wochen möglicherweise eine erneute Priorisierung der weiteren geplanten Schulbauprojekte notwendig sein werde.

Herr Grandmontagne erklärt, dass die Verwaltung zwar grundsätzlich in Szenarien denke, jedoch personell stark überlastet sei. Die hohe Geschwindigkeit der Anforderungen führe dazu, dass die Ämter an ihre Grenzen stießen, teilweise sogar mit gesundheitlichen Auswirkungen. Besonders im Schulbaubereich sei eine belastbare Szenarienprüfung kaum noch möglich. Er betont, dass die Verwaltung durch umfangreiche bürokratische Vorgaben stark beansprucht werde. Parallellaufende Prozesse wie Organisationsentwicklung, Personalabbau, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung sowie die regulären Aufgaben führten derzeit zu einer Drucksituation, die kaum noch aufrechtzuerhalten sei.

Stadtrat Witty fragt nach, wie mit späteren Kostensteigerungen umgegangen werde, wenn die Investitionspakete bereits feststehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt klar, dass man laufend mit der Regierung im Austausch sei und ein kontinuierlicher Dialog bestehe.

Stadtrat Over fragt, anhand welcher Kriterien die Regierung von Oberbayern entscheidet, ob eine Kreditaufnahme bewilligt werde und welche Argumente hierfür verlangt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass die Kreditbewilligung auf den gesetzlichen Vorgaben des Art. 69 Gemeindeordnung beruhe, wonach die Maßnahme unabweisbar sein müsse. Dieser Begriff sei auslegungsbedürftig und werde im Einzelfall bewertet. Sie ergänzt, dass nach der Stellungnahme der Regierung in einigen Wochen größere Klarheit zu erwarten sei.

Herr Franz erklärt, dass Verzögerungen bei Bauprojekten – wie etwa bei der Erweiterung der Grundschule Ringsee – regelmäßig zu Mehrkosten führen. Ein Jahr Verzögerung entspreche erfahrungsgemäß etwa 3 % höheren Baukosten. Dies verdeutliche die widersprüchliche Situation, in der man sich befinde. Gleichzeitig sei man jedoch an die Vorgaben der Gemeindeordnung gebunden und habe keinen Handlungsspielraum, diese zu umgehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll berichtet, dass die Schulleiterin der Grundschule Ringsee über die Verzögerung informiert sei. Diese habe erklärt, dass der Schüleranstieg bereits jetzt spürbar sei und die räumliche Situation zunehmend enger werde.

Frau Bürkl erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Lipp, dass die von der Grundschule Lessingstraße genutzten Container mit dem Umzug in das neue Schulgebäude abgebaut werden, da anschließend auch die Außenanlagen neugestaltet werden. Die Containeranlage in der Christoph-von-Schmid-Straße bleibe jedoch bestehen, da diese für die Mittelschule Pestalozzistraße benötigt werde, die im Sommer dorthin umziehe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Köhler, dass das Dach der Bezirkssportanlage Nordwest undicht sei und es deshalb hineinregne. Die Halle bleibe dennoch in Nutzung, die Nutzer müssten jedoch ggf. bestimmte Bereiche meiden. Die Situation sei unbefriedigend, derzeit werde untersucht, wann eine Reparatur möglich sei. Sie stellt klar, dass die Ursache des Schadens noch nicht bekannt sei, man dieser jedoch nachgehen werde und zu gegebener Zeit berichten werde.

Frau Bürkl erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Witty, dass die Mittelschule Marieluise-Fleißer die Paul-Wegmann-Halle nutze. Sofern dort noch Kapazitäten frei seien, würden auch die Tilly-Realschule und die private Wirtschaftsschule die dortige Halle nutzen. Zudem würden die Tilly-Realschule und die Wirtschaftsschule zur Bezirkssportanlage Nordost fahren. Der Neubau der Zweifachsporthalle im Investorenmodell für die Tilly-Realschule und private Wirtschaftsschule sowie die Errichtung der Freisportanlagen für die Mittelschule Marieluise-Fleißer, die Tilly-Realschule und private Wirtschaftsschule sind an diesem Schulstandort noch zwingend erforderlich.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Witty bezüglich der Turnhalle Oberhaunstadt, dass die Halle grundsätzlich für den Schulsport genutzt werde, aktuell jedoch nicht. Sie beschreibt die Situation als belastend, da immer wieder neue Mängel auftreten. Die Verwaltung – insbesondere das Baureferat – bemühe sich, alle möglichen Maßnahmen umzusetzen. Künftig müsse dem Bauunterhalt noch stärkeres Augenmerk geschenkt werden, da für Neubauten kaum Spielraum bestehe.

Herr Franz erläutert, dass die Paul-Wegmann-Halle mit kleineren Maßnahmen funktionsfähig gehalten werde, obwohl ihr Alter eigentlich eine größere Sanierung notwendig machen würde. Man versuche, die Halle so lange weiter zu nutzen, bis die neue Doppelhalle auf dem Gelände fertiggestellt sei.

Stadtrat Reibenspieß äußert große Zweifel, ob die Flächen des geplanten Schulcampus Nordost ausreichen, um zwei Schulgebäude samt Sportanlagen unterzubringen. Er sieht zudem erhebliche Probleme darin, dass die geplante Mittelschule Nordost als Ausweichquartier für das Katharinengymnasium dienen soll. Er betont, dass die Arbeitsbedingungen für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte unter solchen Voraussetzungen kaum vorstellbar seien. Er appelliert an den neu gewählten Stadtrat, sich intensiv mit den Schulleitungen auszutauschen und das Gespräch mit der Regierung zu suchen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass man sich beim Schulcampus Nordost noch am Anfang befinde und eine Machbarkeitsstudie vorliege. Das Thema werde kontinuierlich in der Taskforce Schulbau behandelt, man prüfe die Situation sorgfältig und stehe im Austausch mit den Beteiligten.

Herr Franz berichtet, dass die Flächen des geplanten Schulcampus Nordost erneut geprüft wurden. Das Ergebnis zeige, dass das Raumprogramm nur realisierbar sei,

wenn das kleinere Rasenspielfeld auf dem Dach der Sporthalle untergebracht werde. Die Planung nutze die Fläche bis auf den letzten Quadratmeter aus und erfordere ein sehr hohes Gebäude, da der Flächenbedarf für die Sportstätten besonders groß sei.

Stadtrat Witty erkundigt sich, wann zum Apian-Gymnasium konkretere Informationen vorgelegt werden, da er den bisherigen Unterlagen nur eine Strategie des „Flickens“ entnehmen könne. Zudem fragt er nach, welche Überlegungen es zur zukünftigen Nutzung bzw. Perspektive des Gebäudes der Grundschule Hundszell gebe, da dieses Thema in früheren Sitzungen bereits mehrfach angesprochen worden sei.

Frau Schmid berichtet, dass geprüft werde, ob im Gebäude der Grundschule Hundszell künftig eine Kita untergebracht werden könne. Da dies jedoch keine begonnene Maßnahme sei, werde dies nicht kurzfristig umsetzbar sein und erfordere zudem eine gesicherte Finanzierung.

Herr Franz ergänzt zum Apian-Gymnasium, dass derzeit ein Projektteam zusammengestellt werde. Zunächst müsse das Gebäude untersucht werden, insbesondere hinsichtlich möglicher Schadstoffe. Das Gebäude weise sowohl Nachteile aufgrund der Bauzeit als auch Vorteile wie großzügige Installationsschächte auf, die eine Sanierung erleichtern könnten. Auch die Organisation der Bauabschnitte im laufenden Schulbetrieb sei komplex. Eine konkrete Terminaussage sei daher noch nicht möglich.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erinnert daran, dass vereinbart wurde, in jeder zweiten Sitzung über den Stand der Schulbaumaßnahmen zu berichten. Dies werde weiterhin verfolgt. Sie betont, dass die aktuelle Situation zwar ernüchternd sei, weil vieles nicht umsetzbar sei, das zentrale Ziel jedoch bleibe, die Kinder unter vernünftigen Rahmenbedingungen zu beschulen. Daran arbeite man gemeinsam.

Herr Grandmontagne erklärt, dass die aktuellen Haushaltsvorgaben dazu führen, notwendige Maßnahmen nicht umsetzen zu können, obwohl Reparaturen und Sanierungen langfristig deutlich wirtschaftlicher wären. Er betont, dass insbesondere der Mangel an funktionierenden Sportanlagen für Schulen und Vereine problematisch sei und sich bauliche Schäden an Straßen, Schulen und kulturellen Einrichtungen wie dem Katharinen-Gymnasium, dem Apian-Gymnasium oder dem Hämerbau dadurch weiter verschärften. Dies sei weder wirtschaftlich noch politisch sinnvoll, schade der Innenstadt sowie Angeboten für Jugend, Kultur und Sport und mache die Stadt

unattraktiver. Die Stadt und der Stadtrat hätten aufgrund der Vorgaben kaum Handlungsspielraum, obwohl man bereit wäre, sinnvolle Szenarien zu entwickeln. Die Situation sei frustrierend, auch für die Mitarbeitenden, da man Projekte gerne zügig voranbringen und langfristig stabil finanzieren würde.

Stadtrat Reibenspieß betont, dass das Apian-Gymnasium trotz seines Alters in der Struktur und Konzeption funktionale Vorteile habe, etwa durch die direkte Verbindung zwischen Vorbereitungs- und Fachräumen. Dieses Prinzip solle unbedingt erhalten bleiben. Er weist jedoch darauf hin, dass alle Ingolstädter Gymnasien – ob Scheiner, Reuchlin oder Apian – unter erheblicher Raumnot leiden. Er schlägt vor, eine feste Obergrenze für die Schülerzahlen der Gymnasien festzulegen. Dies würde frühzeitig verdeutlichen, wann ein weiteres Gymnasium benötigt werde, das man kostengünstiger an einem geeigneten Standort außerhalb errichten könne. Das Bauen in die Höhe sei zudem problematisch und stehe dem Lernhaus-Prinzip entgegen.

Beratend

- 3 . Änderung der amtlichen Bezeichnung der „Mittelschule Ingolstadt, an der Pestalozzistraße“ in die amtliche Bezeichnung mit Schulnamen „Johann-Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule Ingolstadt“
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0078/26**

Einstimmig befürwortet:

1. Die „Mittelschule Ingolstadt, an der Pestalozzistraße“ wird mit der Auslagerung an den Schulstandort Lessingstraße zum Schuljahr 2026/27 umbenannt und erhält auf Wunsch der Schulfamilie die amtliche Bezeichnung mit dem Schulnamen „Johann-Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule Ingolstadt“.
2. Die Verwaltung wird mit der Einleitung des amtlichen Bezeichnungsänderungsverfahrens bei der Regierung von Oberbayern beauftragt.

Beratend

- 4 . Sonderpädagogische Förderzentren Ingolstadt;
Sprengelanpassung infolge der Rechtsverordnungsänderung der Grund- und Mittelschulsprengel (neuer Sprengel Marieluise-Fleißer-Mittelschule, geänderte Sprengel Johann-Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule und Gebrüder-Asam-Mittelschule) sowie Einleitung eines förmlichen Sprengeländerungsverfahrens
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0097/26**

Einstimmig befürwortet:

1. Der Anpassung der Sprengelgliederung der August-Horch-Schule Sonderpädagogisches Förderzentrum Ingolstadt I und der Emmi-Böck-Schule

Sonderpädagogisches Förderzentrum Ingolstadt II an die Rechtsverordnungsänderung der Grund- und Mittelschulsprengel (neuer Sprengel Marieluise-Fleißer-Mittelschule, geänderte Sprengel Johann-Heinrich-Pestalozzi-Mittelschule und Gebrüder-Asam-Mittelschule), mit Inkrafttreten ebenfalls zum Schuljahr 2026/27, wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird mit der Einleitung bzw. Fortführung des förmlichen Sprengeländerungsverfahrens bei der Regierung von Oberbayern beauftragt.

5 . Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2026/27
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0081/26

Herr Brunner berichtet, dass der Repertoirebetrieb des großen Hauses ab September 2026 im Interimsstandort „Theater am Glacis“ stattfinden wird, da der Hämerbau nach 60 Jahren nicht mehr sicher betrieben werden könne. Die geplante funktionale Sanierung des gesamten Gebäudes werde auf unbestimmte Zeit verschoben, weshalb mit einer längeren Interimsphase zu rechnen sei. Dies stelle den Betrieb vor große Herausforderungen und erfordere umfangreiche Anpassungen, längere Wege und veränderte Abläufe. Er erläutert, dass die technischen Werkstätten im Hämerbau verbleiben, während Leitung, Dramaturgie, Öffentlichkeitsarbeit, Betriebsbüro und Intendanz im Sommer in das neue Kulturrathaus in der Donaustraße umziehen. Die übrigen Spielstätten wie Kleines Haus, Studio und Turm Baur blieben erhalten, für das Junge Theater werde weiterhin ein eigener Standort gesucht. Das Publikum müsse sich ebenfalls auf Veränderungen einstellen, da aufgrund der schwierigen Finanzlage Einschränkungen und Verzögerungen unvermeidbar seien. Ohne zusätzliche Unterstützung durch Stadt und private Partner werde es schwer, schnell einen neuen, identitätsstiftenden Theaterort zu etablieren. Herr Brunner betont die gesellschaftliche Bedeutung des Theaters in Krisenzeiten und beschreibt den Anspruch, Räume für Begegnung, Diskussion und künstlerische Erfahrungen zu schaffen. Der Spielplan 2026/27 solle diese Haltung widerspiegeln. Die neue Spielzeit beginne mit zwei Wiederaufnahmen.

Frau Walter berichtet, dass Oberspielleiterin Mirja Biel sich derzeit in Berlin befinde, wo sie einen der wenigen Plätze im Mentoringprogramm für Frauen des Deutschen Kulturrats erhalten habe, eine Auszeichnung mit hohem Exzellenzcharakter. Am Abend sei sie zudem zu einem Empfang mit Herrn Kulturstatsminister Weimer und Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat eingeladen.

Anschließend stellen Frau Walter und Frau Mayr, Mitglieder der Theaterleitung des Stadttheaters Ingolstadt, abwechselnd einige Highlights des neuen Spielplans 2026/27 anhand des Spielzeitheftes vor. Das Spielzeitheft liegt der Vorlage als Anlage bei. Insofern wird auf eine detaillierte Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat Over bedankt sich für die Vorstellung des Programms und erinnert an frühere Bemühungen des damaligen Intendanten Knut Weber, Theaterangebote in die Stadtteile zu tragen. Er regt an, die aktuelle Situation als Chance zu nutzen, das Theater erneut stärker nach außen zu öffnen. Außerdem weist er einen im Donaukurier erhobenen Vorwurf zurück, der Stadtrat sei nicht in der Lage gewesen, Ersatzräume für den Hämerbau zu finden. Er betont, dass der Stadtrat entsprechende Anträge gestellt habe, unter anderem zur Nutzung des Mittelfoyers, und dass es nicht am Stadtrat liege, das Gebäude zumindest teilweise wiederzubeleben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass kontinuierlich an Lösungen und Ersatzmöglichkeiten für den Festsaal während einer künftigen Sanierung des Hämerbaus gesucht werde. Niemand wolle, dass das Gebäude zum „Lost Place“ werde. Auch eine abschnittsweise Generalsanierung werde geprüft, stehe jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzierung. Gespräche dazu sollen bald stattfinden.

Herr Brunner erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Reibenspieß, dass sich das Abonnement geringfügig verkleinere, voraussichtlich um eine Produktion. Um den Spielbetrieb im Theater am Glacis zu entlasten, seien zwei Vorderbühnen-Produktionen eingeplant. Dadurch könne zumindest etwa die Hälfte der Vorstellungen von *Ronja Räubertochter* stattfinden, jedoch deutlich weniger als die 54 Vorstellungen der aktuellen Spielzeit. Zudem gebe es zwei Wiederaufnahmen, bedingt durch den Umzug der technischen Abteilungen ins Theater am Glacis. Im Abendspielplan entfalle jeweils eine Produktion, da das Junge Theater die Spielstätten mitnutze. Im Studio werde der Spielplan verdichtet. Gastspiele fänden wie beschlossen nicht mehr statt.

Frau Mayr berichtet, dass das Junge Theater in der kommenden Spielzeit eine Produktion weniger im Programm habe und zudem keine Wiederaufnahmen stattfinden werden, obwohl diese normalerweise einen wichtigen Teil des Angebots ausmachen. Insgesamt könne nur etwa die Hälfte der üblichen Vorstellungszahl gespielt werden.

Herr Grandmontagne erläutert, dass parallel zum reduzierten Spielbetrieb auch Sach- und Personalkosten zurückgehen. Durch den Wegfall des Festsaals entfallen vier Stellen, zwei weitere durch anstehende Renteneintritte. Auch das Werbebudget werde deutlich reduziert. Insgesamt werde in allen Bereichen kontinuierlich abgespeckt. Er betont, dass das Abonnement Einnahmen von rund einer halben Million Euro generiere und deshalb bedient werden müsse; andernfalls gingen diese Mittel verloren. Zudem bestünden Verpflichtungen gegenüber weiteren Kulturpartnern wie der Kammerphilharmonie oder dem Konzertverein. Zwar seien die Einnahmen derzeit stabil, die Spielräume würden jedoch immer enger. Sollte das Theatergebäude dauerhaft entfallen, müsse neu bewertet werden, wie mit den stark begrenzten Möglichkeiten umzugehen sei.

Stadträtin Krumwiede bezeichnet es als dramatisch, dass das Junge Theater künftig nur noch die Hälfte der bisherigen Vorstellungen anbieten könne, zumal der Bedarf bereits in den vergangenen Jahren nicht gedeckt worden sei. Sie betont, dass dies wirtschaftlich eigentlich nicht vertretbar sei. Zudem könne Theater nicht ohne feste Gebäude stattfinden, da diese spezielle technische Voraussetzungen benötigten. Deshalb fordert sie dringend eine verlässliche Perspektive für einen eigenen Standort und bittet um eine Einschätzung, wann damit zu rechnen sei. Außerdem fragt sie nach geeigneten Räumen für die Theatervermittlung, insbesondere für die Spielclubs.

Herr Brunner erklärt, dass die Theatervermittlung weiterhin auf den Bühnen stattfinde, teils werde ein bestehendes Bühnenbild für Spielclubs mitgenutzt, ohne es abzubauen. Zum Jungen Theater betont er, dass intensiv an Lösungen gearbeitet werde und ein fester Ort notwendig sei, ausschließlich mobile Produktionen seien keine dauerhafte Option. Er weist darauf hin, dass der Spielbetrieb künftig im Theater am Glacis stattfinde, während Werkstätten und Technik weiterhin im Hämerbau verbleiben. Dadurch entstünden längere Transportwege und zusätzlicher Personalaufwand.

Herr Grandmontagne berichtet, dass als möglicher Standort für das Junge Theater das Haus E am Brückenkopf geprüft werde. Das Gebäude sei grundsätzlich geeignet, es gebe bereits konkrete Planungen und weitere Gespräche dazu. Ziel sei es, die seit längerem offene Standortfrage zügig zu klären. Er betont, dass der Wegfall des Hämerbaus als Begegnungsort (mit Festsaal, Backstage und Foyer) für die Stadt spürbar sein werde, hofft aber, dass sich daraus neue Dynamiken entwickeln könnten. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der vorgestellte Spielplan noch unter

Vorbehalt stehe, weil das Holztheater im Glacis derzeit nicht für einen Repertoirebetrieb geeignet sei. Es fehle an Lagerflächen, Seiten- und Hinterbühne sowie Arbeitsräumen – alles Elemente, die für schnelle Umbauten und den täglichen technischen Betrieb zwingend notwendig seien. Da andere Lösungen nicht realisierbar waren, sei nun eine Containerlösung vorgesehen, wie sie auch in St. Gallen erfolgreich eingesetzt worden sei. Dafür würden Arbeitscontainer für rund 30 Mitarbeitende, Materialcontainer sowie eine logistische Lösung über eine Wechselbrücke benötigt. Die Kosten lägen bei etwa 600.000 bis 700.000 Euro. Ohne diese Investition könne der Repertoirebetrieb nicht aufrechterhalten werden, was erhebliche Einnahmeverluste durch kündigende Abonnements zur Folge hätte. Er kündigt an, dass die notwendige Containerinfrastruktur kurzfristig in das Konsolidierungspaket aufgenommen und dem Finanzausschuss vorgelegt werde, um einen Stadtratsbeschluss und anschließend eine Prüfung durch die Regierung von Oberbayern zu ermöglichen. Abschließend erklärt er, dass die Zuständigkeit für den Hämerbau derzeit auf Referat VI übergeht und die baulichen Fragen unter großem Zeitdruck geklärt werden müssten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass die Containerlösung in der kommenden Vorlage enthalten sein werde und dafür eine Kreditermächtigung sowie eine ergänzende Projektgenehmigung erforderlich seien. Diese Maßnahmen seien notwendig, um den Theaterbetrieb in den kommenden Jahren überhaupt aufrechterhalten zu können. Sie habe in der Sitzung mehrfach kritisch nachgefragt, ob der Umfang zwingend sei oder ob man auf einzelne Container verzichten könne; dies sei jedoch verneint worden. Man beschränke sich strikt auf das absolut Notwendige. Sie hofft daher, dass der Stadtrat die entsprechenden Beschlüsse fassen werde.

Herr Grandmontagne erläutert, dass ein Teil der benötigten Infrastruktur durch Recycling bestehender Schulcontainer kostensparend abgedeckt werden könne. Die Arbeitsräume für die Techniker müssten daher nicht neu angeschafft werden, da die in Irgertsheim genutzten Schulcontainer ab dem vierten Quartal zur Verfügung stünden und bis dahin Übergangslösungen im Holztheater möglich seien. Unverzichtbar seien jedoch die Materialcontainer. Da unklar sei, wie lange Lagerflächen in Gebäuden noch nutzbar seien, seien diese Container zwingend erforderlich, um das Bühnenmaterial zu sichern.

Herr Brunner erläutert auf Nachfrage von Stadtrat Reibenspieß, dass für etwa 40 bis 50 Mitarbeiter die Arbeitsräume benötigt werden, insbesondere die Vorstände und

die technische Mannschaft, die als Bühnenhandwerker im Probe- und Vorstellungsbetrieb in zwei Schichten arbeiteten.

Herr Grandmontagne ergänzt, dass durch den neuen Tarifvertrag streng geregelte Arbeitszeiten gelten, sodass der Personalbedarf nicht reduziert werden könne.

Herr Brunner erklärt, dass die vorhandenen alten Container der Stadtreinigung nicht mehr nutzbar seien, man habe sie mehrfach überprüft, ihr Zustand sei jedoch völlig unbrauchbar.

Herr Grandmontagne ergänzt, dass die notwendigen Entsorgungskosten bereits in der Kalkulation enthalten seien. Die Container hätten früher der InKoBau und später der Stadt gehört, müssten jedoch fachgerecht abtransportiert und entsorgt werden.

Die Vorlage wird bekanntgegeben.

6 . Schaffung einer Stelle zur Beratung/Beantragung von Drittfördermitteln für Kunst- und Kreativschaffende

**- Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 07.10.2025 -
Vorlage: V0693/25**

Antrag:

Die Stadt Ingolstadt richtet eine Stelle im Bereich Kulturförderung ein, die Kreativ- und Kulturschaffende, Vereine und Initiativen bei der Beantragung und Nutzung von Drittmitteln berät, unterstützt und begleitet.

Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0098/26**.

**- Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0098/26**

*Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE **V0693/25**, sowie die Stellungnahme der Verwaltung **V0098/26** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erteilt Stadträtin Pane gemäß § 48 Abs. 8 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Kultur und Bildung das Wort, damit diese als Antragstellerin den vorliegenden Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE mündlich begründen könne.

Stadträtin Pane erklärt, dass ihr Antrag nicht darauf abzielt, eine Stelle einzurichten, die Künstlerinnen und Künstlern Förderanträge ausfüllt, sondern die Akquise externer Fördermittel niederschwelliger zu gestalten. Ziel sei es, den komplexen „Förderdschungel“ von EU-, Bundes-, Landes- und Stiftungsprogrammen zu ordnen und sichtbarer zu machen, um Kunst- und Kulturakteure, neue Projekte, den Tourismus sowie die Vermarktung der Stadt besser zu unterstützen. Sie verweist darauf, dass andere Städte bereits über vergleichbare Anlaufstellen verfügen und Förderprogramme wie etwa der europäische Fonds für regionale Entwicklung auch kulturelle Projekte ermöglichen. Eine geschulte Ansprechperson vor Ort könne zudem die Arbeit anderer Referate erleichtern und ein wichtiges Signal senden, dass trotz Kürzungen die Kultur- und Kreativwirtschaft weiterhin Bedeutung habe. Abschließend dankt sie Herrn Klein und Herrn Neuburger für die intensiven Gespräche der vergangenen Monate und stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Herr Grandmontagne erläutert, dass die Idee einer zentralen Stelle zur Akquise und Strukturierung von Förderprogrammen nicht neu sei und bereits früher als gemeinsames Konzept der Referate IV und VIII diskutiert wurde. Ziel sei es gewesen, systematisch zu prüfen, wie mehr externe Fördergelder nach Ingolstadt geholt werden könnten. Er betont, dass Förderanträge sehr aufwendig seien und vor allem die Übersicht über die Vielzahl an Programmen eine große Herausforderung darstelle. Eine zentrale Ansprechperson, die die verschiedenen Förderprogramme auf EU-, Bundes-, Landes- und Stiftungsebene systematisch durchforste, sortiere und verständlich aufbereite, wäre aus seiner Sicht ein großer Gewinn für die Stadt. Diese Aufgabe sei im laufenden Betrieb kaum zu leisten, da die Menge an Programmen und Kontaktstellen enorm sei. Er verweist darauf, dass bereits Gespräche mit sachkundigen Akteuren wie Marcel Aigner geführt worden seien, um Ideen für den Bereich der Kreativwirtschaft zu entwickeln. Sollte die Idee weiterverfolgt werden, müsse insbesondere auch der Bereich der Kulturförderung umfassend einbezogen werden. Durch die räumliche Nähe der relevanten Akteure im neuen Kulturrathaus in der Donaustraße könne eine solche Stelle gut verortet werden. Er hält es für denkbar, zunächst eine einmalige umfassende Sortierung der Programme zu erstellen und diese anschließend regelmäßig zu aktualisieren, was bereits für mindestens ein Jahr eine umfangreiche Aufgabe darstellen würde und der Stadt möglicherweise zusätzliche Fördermittel erschließen könnte.

Stadträtin Pane erklärt, dass es bereits eine Stelle für kulturelle Bildung bei „Künstler an die Schulen“ gebe, die sich ausschließlich mit Fördermitteln befasse. Aus eigener

Erfahrung als freie Künstlerin schildert sie jedoch, wie schwer es sei, passende Programme zu finden: Die Recherche im Internet sei extrem aufwendig, oft passe ein Programm scheinbar fast vollständig, um sich am Ende nach mehreren Stunden doch als ungeeignet herauszustellen.

Stadträtin Kürten weist darauf hin, dass insbesondere Städte im Ruhrgebiet deutlich mehr Kulturfördermittel nutzen als Ingolstadt. Sie regt an, sich hierzu nicht nur regional, sondern auch bayernweit abzustimmen, da viele Kommunen vor ähnlichen finanziellen Herausforderungen stünden und Synergien sowie Partnerschaften sinnvoll wären. Zudem fragt sie nach, wie die in der Vorlage erwähnte Evaluierung konkret vorgesehen sei.

Herr Klein erklärt, dass sein Bereich in den vergangenen Jahren eigenes Know-how im Einwerben von Fördermitteln aufgebaut habe. Am Beispiel der Tanztage zeigt er, dass die Fördermittel seit 2021 von rund 5.000 Euro auf inzwischen etwa 30.000 Euro gesteigert werden konnten – ein Hinweis darauf, dass kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema deutliche Effekte habe. Zur Frage der Evaluierung betont er, dass derzeit keine neue Stelle geschaffen werden könne, da weder Haushaltsmittel noch Stellenplan dies zuließen. Stattdessen solle im Rahmen der Aufgabenkritik geprüft werden, wie vorhandene Personalressourcen gebündelt und über mehrere Mitarbeitende – auch referatsübergreifend oder in Zusammenarbeit mit der IFG – genutzt werden könnten, um das Thema gemeinsam weiterzuentwickeln. Die neue Struktur solle nicht nur externen Kulturschaffenden dienen, sondern auch städtischen Kulturprojekten ermöglichen, mehr Fördermittel zu generieren. Die Evaluation sei nach etwa zwei Jahren vorgesehen. Dann wolle man dem Stadtrat darlegen, welche Gelder gewonnen wurden, wie die Zusammenarbeit funktioniere und welchen Mehrwert die neue Arbeitsweise für Stadt und Kulturszene gebracht habe.

Stadtrat Witty schlägt vor, dass auf Ebene des Städtetags geprüft wird, ob KI-basierte Lösungen entwickelt werden könnten, die Kommunen helfen, den Überblick über Förderprogramme zu behalten.

Stadträtin Kürten hält es im Rahmen der Evaluation für sinnvoll, konkrete Zielwerte für die Höhe der zu generierenden Fördermittel festzulegen. Sie verweist darauf, dass Städte im Ruhrgebiet seit vielen Jahren erhebliche Summen aus verschiedenen Förderprogrammen einwerben, und regt an, vergleichbare Zielgrößen zu definieren, um den eigenen Fortschritt messbar zu machen.

Herr Klein führt aus, dass eine rein städtetagweite oder überregionale Lösung nicht ausreiche, da vor Ort weiterhin Fachwissen und zuständige Personen benötigt würden. Ergänzend sei eine gemeinsame technische Lösung jedoch sinnvoll. Die Stadt prüfe bereits zusätzliche Datenbanken, teils auch mit KI-Unterstützung, um die Recherche zu erleichtern. Eine städtetagweite Initiative könne diesen Ansatz stärken, indem die Suchmöglichkeiten erweitert würden. Zur Frage möglicher Zielvorgaben erklärt er, dass eine seriöse Festlegung derzeit nicht möglich sei, da die zukünftige interne Struktur noch nicht genau feststehe. Man befinde sich in einem Prozess der Personalreduktion und wolle dennoch genügend Kapazitäten bündeln, um das Thema wirkungsvoll bearbeiten zu können. Konkrete Zahlen könnten erst im Zuge der späteren Evaluation sinnvoll benannt werden.

Stadträtin Krumwiede erklärt, dass sie eine feste Zielvorgabe für die Höhe eingeworbener Fördermittel für unrealistisch hält. Aus ihrer Sicht könne die Evaluation lediglich darin bestehen, nach einem Jahr darzustellen, bei welchen Projekten – sowohl im städtischen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich – erfolgreich Drittmittel akquiriert wurden und in welcher Höhe. Eine präzise Zieldefinition sei unter den gegebenen Umständen nicht sinnvoll.

Stadtrat Lipp erkundigt sich, mit welchem zeitlichen Umfang für die geplante Fördermittel-Akquise zu rechnen sei. Außerdem fragt er, ob eine solche interne und externe Beratungs- bzw. Unterstützungsstelle bislang ausschließlich im Kulturbereich vorgesehen sei oder ob es ähnliche Strukturen bereits in anderen Referaten gebe oder geplant seien.

Herr Klein erklärt, dass im Baubereich bereits eigene Strukturen bestehen, da dort regelmäßig mit verschiedenen Förderprogrammen gearbeitet werde und entsprechendes Fachwissen vorhanden sei. Zur zeitlichen Einschätzung führt er aus, dass die Fördermittelakquise derzeit nebenbei erfolge und bei einer Vollzeitstelle vermutlich etwa 15 bis 25 Stunden pro Woche beanspruche. Ziel sei es jedoch, nach Zustimmung des Stadtrats im Rahmen der Aufgabenkritik neue Strukturen zu entwickeln und die Arbeit auf mehrere Personen und Referate zu verteilen. Dadurch sollen deutlich mehr Stunden zur Verfügung stehen, um eine ausreichende Schlagkraft zu erreichen.

Herr Grandmontagne hält die Idee einer übergreifenden Zusammenarbeit grundsätzlich für sinnvoll. Da der Städtetag mit seinen Gremien oft schwerfällig sei, verweist er

auf andere Netzwerke wie *Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte*, in denen man prüfen könne, ob eine koordinierte Lösung – zumindest auf Ebene der Regierungsbezirke – möglich wäre. Zur Frage weiterer Bereiche, in denen ähnliche Strukturen existieren könnten, merkt er an, dass dies vor allem dort denkbar sei, wo viele Projekte und selbstständige Strukturen bestehen, etwa im Sozialbereich oder in der Kreativwirtschaft. Besonders die Referate IV, V und VIII kämen infrage, teilweise auch in enger Zusammenarbeit in der Donaustraße. Andere Bereiche wie Bildung hält er für weniger relevant, da dort Fördermittel meist baulich oder programmatisch klar strukturiert und ohnehin bekannt seien. Er fasst zusammen, dass man das Thema in den relevanten Gremien weiter aufgreifen und prüfen werde, da in mehreren Bereichen durchaus zusätzliche Fördermittelpotenziale bestünden, die man nutzen sollte.

Herr Klein ergänzt, dass die Stadt sich über Jahre hinweg in einer Phase der Haushaltskonsolidierung befinden werde und daher mit sehr begrenzten finanziellen Mitteln auskommen müsse. Dies betreffe nicht nur den Kulturbereich, sondern viele kommunale Bereiche und andere Städte gleichermaßen. Gerade deshalb sei der Aufbau eines funktionierenden Netzwerks zur Fördermittelakquise entscheidend. Städte wie jene im Ruhrgebiet hätten hierzu bereits wertvolle Erfahrungen gesammelt. Ein solches Netzwerk könne künftig sowohl der Verwaltung als auch externen Akteuren helfen, zusätzliche Gelder zu erschließen und damit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushalts leisten.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**7 . Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes
Benennung und Widmung im Rahmen des B-Plans Nr. 120 A ÄI "Donau Tower"
(Referent: Herr Franz)
Vorlage: V0795/25**

Antrag:

1. Der in der Anlage 1 rot dargestellte Weg wird zur Ortsstraße öffentlich gewidmet und der bereits bestehenden Straße „Bei der Arena“ zugeschlagen.
Die Verwaltung schlägt vor, den Namen „Bei der Arena“ auch hierauf zu erstrecken.
2. Der in der Anlage 1 orange dargestellte Weg wird zum beschränkt-öffentlichen Weg gewidmet.

3. Die in der Anlage 4 rot dargestellte Straße wird zur Ortsstraße öffentlich gewidmet und bedarf einer Benennung. Die Verwaltung schlägt folgenden Namen vor:
„Rothenturmfeld“
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Benennungs- und die Widmungsverfahren durchzuführen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen.

Herr Franz teilt mit, dass die Ziffer 3 der Vorlage zurückgestellt werde, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung über die Ziff. 1, 2 und 4 der Vorlage:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet –